

# BASis Info 07/2026

Neues von der Duisburger SPD-Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas

Foto: photothek

## Liebe Leserin, lieber Leser,

die Rahmenvereinbarung zwischen den USA und dem Iran weckt Hoffnung auf ein Ende des Krieges sowie auf offene und sichere Schifffahrtswege. Die Einstellung der Kampfhandlungen und die Öffnung der Straße von Hormus wären ein wichtiger Verhandlungserfolg.

Doch ist die Arbeit noch nicht getan, zentrale Punkte wie das iranische Atomprogramm gilt es nun weiter in konstruktiven Verhandlungen zu klären. Die Bundesregierung muss weiterhin auf alle Parteien für konstruktive Verhandlungen einwirken und sich für europäische Interessen einsetzen. Wir dürfen die iranische Bevölkerung in ihrem Kampf für Selbstbestimmung nicht vergessen.

Wie der Beitrag Deutschlands als verlässlicher Partner für Frieden und Sicherheit genau aussehen wird, ist offen – dafür müssen auch international die Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Die befristete Senkung der Energiesteuer für Benzin und Diesel („Tankrabatt“) wird planmäßig zum 30. Juni auslaufen – sie war von Anfang an als zeitlich begrenzte Maßnahme konzipiert.

Ziel war es, in der Zeit rasanter Preissteigerungen schnell und unkompliziert zu entlasten. Das hat funktioniert: Die Entlastung ist zu einem sehr großen Teil weitergegeben worden.

Die Maßnahme hat in Zeiten der extremen Preisspitzen die Bevölkerung entlastet und die Inflation gesenkt. Gleichzeitig war von Anfang an klar, dass das Instrument wenig zielgerichtet und damit sehr teuer ist. Solche dauerhaften Subventionen sind

finanzpolitisch und wirtschaftspolitisch nicht nachhaltig.

Wir werden in der Taskforce die Preisentwicklung in jedem Fall weiter beobachten und bei Bedarf handeln. Falls weitere Maßnahmen notwendig werden sollten, müssen diese deutlich zielgerichteter kleine und mittlere Einkommen und Mittelstand entlasten. Gleichzeitig gilt es, das Kartellrecht weiter zu verschärfen, damit die Mineralölkonzerne sich in Krisenzeiten nicht die Tasche voll machen. In der anstehenden Reform des Kartellrechts sind weitere Maßnahmen zur Steigerung der Preistransparenz vereinbart. Für uns bleibt auch der Spritpreisdeckel nach Luxemburger Vorbild auf dem Tisch.

Der Deutsche Bundestag hat in der vergangenen Woche in zweiter und dritter Lesung das Gesetz zur Umsetzung der EU-Richtlinie zur Förderung der Reparatur von Waren beschlossen. Die neuen Regelungen erleichtern es Verbraucherinnen und Verbrauchern, defekte Produkte reparieren zu lassen, und unterstützen so den Weg aus der Wegwerfgesellschaft.

In einem Entschließungsantrag fordern die Koalitionsfraktionen die Bundesregierung unter anderem dazu auf, als weiteren Anreiz einen Reparaturbonus zu prüfen, eine Informationskampagne zu starten und sich für die Fachkräfteförderung im Reparatursektor einzusetzen.

**Herzliche Grüße**  
**Bärbel Bas**



## Bericht der Alterssicherungskommission

Die Alterssicherungskommission (ASK) – auch als Rentenkommission bekannt – hat in der vergangenen Woche ihren Bericht für Reformen der Alterssicherung vorgelegt. Ganz klar ist: Die Rentenkommission hat mehr erreicht als einzelne Reformvorschläge. Sie hat einen tragfähigen Konsens für die Zukunft der Alterssicherung gefunden.

Erstmals liegt ein von allen Mitgliedern der Kommission getragener Vorschlag vor, der die unterschiedlichen Interessen von Beitragszahlern, Rentnern und künftigen Generationen in einem gemeinsamen Konzept zusammenführt. Die Kommission spricht ihre 33 Empfehlungen einstimmig aus. Diese Einigung bei einem der zentralen gesellschafts- und generationenpolitischen Konfliktthemen Deutschlands ist ein großer Erfolg.

Kern der Verständigung ist, dass die Herausforderungen des demografischen Wandels nicht durch eine einzelne Maßnahme gelöst werden können. Weder immer höhere Beiträge noch sinkende Renten oder ein deutlich späteres Renteneinstiegsalter bieten eine tragfähige Antwort. Stattdessen empfiehlt die Kommission einen ausgewogenen Reformansatz, der die Lasten und Chancen auf mehrere Schultern verteilt. Dazu gehören eine ergänzende kapitalgedeckte Komponente in der gesetzlichen Alterssicherung, eine moderate Anpassung der Lebensarbeitszeit, wenn die Lebenserwartung steigt,

die Stabilisierung der Rentenentwicklung durch verlässliche Regeln sowie eine stärkere Beteiligung weiterer Erwerbsgruppen an der Finanzierung des Systems.

Damit ist klar: Die gesetzliche Rente bleibt das Fundament der Alterssicherung. Sie soll auch künftig bezahlbar, auskömmlich und generationengerecht sein. Um dieses Ziel zu erreichen, braucht es Reformen, die langfristig wirken und von einer breiten gesellschaftlichen und politischen Mehrheit getragen werden. Genau dafür hat die Kommission einen gemeinsamen Weg aufgezeigt. Die Renten werden auch in Zukunft steigen, in den kommenden Jahrzehnten perspektivisch sogar noch stärker als bisher. Für alle Generationen gilt: Im Modell der Kommission stellen sich alle besser als in der aktuellen Rechtslage. Mit ihren Vorschlägen entwirft die Kommission eine echte Reform.

Wie geht es jetzt weiter? Der Koalitionsausschuss Anfang Juli soll über die Umsetzung der Kommissionsvorschläge entscheiden. Unser gemeinsames Ziel: Wir wollen, dass es bei der Rente gerecht zugeht – für alle Generationen.

Den Bericht können Sie [hier](#) lesen. Zusätzlich hat das BMAS ein Faktenpapier zum Bericht erstellt, das die wichtigsten Ergebnisse zusammenfasst. Dies finden Sie [hier](#).

## Infrastruktur-Zukunftsgesetz beschlossen

Mit dem am Freitag vom Bundestag beschlossenen Infrastruktur-Zukunftsgesetz (IZG) wollen wir dringend notwendige Sanierungen sowie den Aus- und Neubau von Schienen, Straßen, Wasserstraßen und Energieprojekten deutlich beschleunigen und die Mittel aus dem Sondervermögen Infrastruktur schneller wirksam einsetzen können. Dafür vereinfachen wir Planungs- und Genehmigungsverfahren, bauen Bürokratie ab und setzen konsequent auf Digitalisierung.

Zentrale Infrastrukturvorhaben werden als überragendes öffentliches Interesse priorisiert, sodass sie schneller umgesetzt werden können. Gleichzeitig entfallen Doppelprüfungen und unnötige Verfahrensschritte, etwa bei Ersatzneubauten oder der Elektrifizierung von Bahnstrecken. Das bedeutet konkret: Marode Brücken können schneller saniert, Bahnstrecken zügiger modernisiert und wichtige Knotenpunkte wie Häfen oder Flughäfen schneller ausgebaut werden. Kurz gesagt: Wir sorgen für mehr Tempo, weniger Bürokratie und eine moderne, leistungsfähige Infrastruktur.



## Lebenshilfe Duisburg

Bei der Gesprächsrunde mit der Lebenshilfe Duisburg und Oberhausen Ende Mai standen die aktuelle Situation in der Eingliederungshilfe sowie die Sorgen vieler Menschen mit Behinderung, ihrer Angehörigen und der Mitarbeitenden im Mittelpunkt. Dabei ging es vor allem um Erfahrungen aus dem Alltag, konkrete Fragen und die Auswirkungen politischer Entscheidungen auf das Leben der Menschen vor Ort.



Eine inklusive Gesellschaft bedeutet, dass Menschen mit Behinderungen selbstbestimmt leben



und gleichberechtigt teilhaben können. Das ist aus gutem Grund ein Rechtsanspruch, den unter anderem die Eingliederungshilfe umsetzt. Natürlich sollen diese Leistungen mit möglichst wenig Verwaltungskosten bei den Menschen ankommen. Aber Gespräche über diese berechtigten Fragen dürfen nicht zu Debatten über Leistungskürzungen umfunktioniert werden.

Vielen Dank an die Lebenshilfe und alle Teilnehmenden für den offenen Austausch!

## Duisburger Stahlgespräche



Bei den Duisburger Stahlgesprächen habe ich mit Vorstand und Gesamtbetriebsrat von thyssenkrupp Steel Europe über die Zukunft des Stahls in Deutschland gesprochen.

Die Stahlindustrie erfährt derzeit große Veränderungen. Für mich ist klar: Wir dürfen uns in dieser

wichtigen Schlüsselindustrie nicht abhängig machen. Die Transformation zu klimafreundlichem Stahl muss gelingen – gemeinsam mit den Beschäftigten. Gute Arbeit und sichere Standorte sind kein Gegensatz zu einer wettbewerbsfähigen Industrie – sie sind die Voraussetzung dafür.





## Mein Tagebuch

Seit 80 Jahren gibt es den VdK in Duisburg-Homburg. 1946 haben sich hier 26 Kriegsversehrte zusammengetan – und damit den möglicherweise ältesten Ortsverband Deutschlands gegründet.

Wer einen Rentenbescheid nicht versteht, einen Pflegegrad beantragen will oder beim Schwerbehindertenausweis nicht weiterkommt, bekommt beim VdK Beratung. Gerade in diesen oft schwierigen Lebenssituationen ist der VdK eine wichtige Stütze.



Und der Ortsverband ist mehr als Beratung: vom KI-Vortrag in der Stadtbibliothek über das gemeinsame Radeln bis zur Spargelfahrt nach Straelen ist beim VdK Homburg einiges los.

Danke an den Ortsverbandsvorsitzenden Werner Wirtgen und alle Ehrenamtlichen, die den Verband seit acht Jahrzehnten tragen.



Herzlichen Glückwunsch an Jochen Ott zur Wahl als Spitzenkandidat der NRWSPD! Von nun an heißt es gemeinsam dafür kämpfen, dass er am 25. April 2027 zum siebten sozialdemokratischen Ministerpräsidenten von NRW gewählt wird.

Bis zum nächsten Mal – ich freue mich drauf!

V.i.S.d.P.:

**Bärbel Bas, MdB**

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 030/227-75607, Fax: 030/227-76607

baerbel.bas@bundestag.de, www.baerbelbas.de

Meine Datenschutzerklärung finden Sie hier: <https://www.baerbelbas.de/kontakt/datenschutz.html>.